



HESSISCHER LANDTAG

05. 04. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend energiepolitische Konfusion in der Landesregierung schadet Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. In der aktuellen Debatte zum Weiterbetrieb bzw. zur Stilllegung von Kernkraftwerken äußern sich sowohl Mitglieder der Landesregierung als auch der Fraktionen von CDU und FDP in Hessen mit völlig unterschiedlicher Zielrichtung. Beispiele dafür sind nachstehend wiedergegeben.
2. Der Landtag missbilligt die völlig unterschiedlichen und damit verwirrenden Aussagen in den Reihen der Landesregierung in der aktuellen Debatte zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Deutschland, speziell in Biblis. Der Landtag hält dies nach den Ereignissen in Fukushima für absolut unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die sich zu Recht um ihre Sicherheit sorgen.
3. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, vor dem Landtag klarzustellen, welche energiepolitische Position sie für Hessen tatsächlich einnimmt, die des Ministerpräsidenten oder die des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizministers. Die derzeitigen konträren Äußerungen innerhalb der Hessischen Landesregierung zu einem solch brisanten Thema wie dem der Atomenergie führt die Debatte ad absurdum, vermindert die Glaubwürdigkeit der Politik und schadet damit Hessen insgesamt.

Begründung:

Die gegenwärtigen energiepolitischen Äußerungen von Regierungs- und Koalitionsmitgliedern in Hessen sorgen für Verwirrung und Verunsicherung. Beispielhaft seien aus der Presse zitiert:

Stellv. Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn:

"Die geplante Laufzeitverlängerung ist vom Tisch. Die Atomkraftwerke Biblis A und B werden nicht mehr ans Netz gehen."
(BILD, 30.03.2011)

"Wir können nicht zwei Drittel der Menschen in Deutschland eine Energieform aufzwingen, die sie nicht wollen (...) Ich sehe die beiden Blöcke in Biblis nicht wieder am Netz."
(FNP, 31.03.2011)

Ministerpräsident Bouffier am 30. März:

"Aussteigen jetzt ist keine Politik für die Zukunft."
(Darmstädter Echo, 30.03.2011)

FDP-Fraktionsvorsitzender Florian Rentsch sprach sich für die Rücknahme der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke aus.
(HNA u.a., 30.03.2011)

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Christean Wagner warnt vor übereiligem Abschalten und will am Moratorium festhalten.
(FAZ, 30.03.2011)

Alleine aus diesen wenigen Äußerungen spricht eine Grundsatz-Konfusion der politischen Führung, die sich ein Bundesland wie Hessen nicht leisten kann. Die Landesregierung steht deshalb in der Pflicht, in einem so immens wichtigen Politikbereich wie der Energiepolitik unmissverständlich und nachvollziehbar Position zu beziehen. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens haben ein Recht zu erfahren, welche Energiepolitik sie in ihrem Bundesland nach dem verheerenden Reaktorunglück in Japan zu erwarten haben: das Festhalten an der hochgefährlichen und nicht beherrschbaren Kernenergie oder den längst überfälligen Umstieg auf umweltfreundliche und vor allem ungefährliche erneuerbare Energien.

Wiesbaden, 5. April 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel